

**July 6, 1981**

**Conversation between SPD chairman Willy Brandt and the Secretary of the Central Committee of the CPSU Leonid Brezhnev on 30 June 1981 in Moscow**

**Citation:**

"Conversation between SPD chairman Willy Brandt and the Secretary of the Central Committee of the CPSU Leonid Brezhnev on 30 June 1981 in Moscow", July 6, 1981, Wilson Center Digital Archive, WBA, A9, 7, Vermerk Gespräch Brandt-Breschnev, 30.6.1981. Also published in Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bonn (Dietz) Vol. 9, 2003. Contributed by Bernd Rother and translated by Samuel Denney.  
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/111033>

**Summary:**

Memorandum of a conversation between Brandt and Brezhnev. Among other things, Brezhnev focused on the increased hostility between members of the international community. He pointed to debate over missiles in Europe as an example of that tension.

**Credits:**

This document was made possible with support from Carnegie Corporation of New York (CCNY)

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan  
Translation - English

Dr. Thomas Mirow

6. Juli 1981

Betr.: Gespräch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt mit dem  
Generalsekretär des ZK der KPdSU Leonid Breschnew  
am 30. Juni 1981 in Moskau

Das Treffen dauerte ca. 2 3/4 Stunden. Auf sowjetischer Seite nahmen zusätzlich teil: Gromyko, Ponomarjew, Blatow; auf deutscher Seite: Wischnewski, Mirow. Ausserdem je ein Dolmetscher. Breschnew eröffnete mit einer etwa einstündigen Einleitung, die er vom Blatt ablas, Brandt erwiderte ebenfalls ca. eine Stunde. Dann wurden zusätzliche Fragen erörtert.

Breschnew nannte die internationale Lage besorgniserregend. Es sei deshalb heute noch wichtiger als in den siebziger Jahren, eine gemeinsame Sprache zu finden. Damals habe man einander als Partner und mögliche Freunde behandelt. Heute gebe es keinen Geist des Wohlwollens mehr. Die Sowjetunion stelle sich die Frage, was sich seit 1970 geändert habe. Vor allem seien die Waffen noch schrecklicher, über die man verfüge. Deswegen sei das Bemühen um Frieden noch wichtiger, die Praxis aber sehe anders aus. Man sei tief besorgt über die USA, die militärische Überlegenheit anstreben. Die Kriegsgefahr nehme zu, das angesammelte Vertrauenskapital ab. Die Verantwortung dafür liege nicht nur bei den USA, sondern auch bei jenen, die ihnen auf ihrem Weg folgten. Man frage sich, wie wohl die Bundesrepublik reagierte, wenn die Sowjetunion eine Position der Vorherrschaft erstrebte und sich im Nahen Osten und am Persischen Golf so verhielte wie die USA. Man habe zahlreiche konkrete Beweise für die veränderte amerikanische Politik. So habe ein amerikanischer Diplomat aus der MBFR-Delegation erklärt, die Wiener Gespräche seien sinnlos, die bereits erzielte Übereinstimmung müsse wieder auf ein Minimum reduziert werden.

Man wolle keinen Keil zwischen den USA und ihren Verbündeten in Europa treiben, aber die Politik der Entspannung entspreche den Interessen aller Völker. Deshalb solle Westeuropa seinen Einfluss geltend machen.

Besonders verhängnisvoll könne sich der NATO-Beschluss auswirken. Dabei habe Helmut Schmidt eine aktive Rolle gespielt. "Bonn hat gründliche Arbeit geleistet." Die Amerikaner wollten das Kräfteverhältnis in Europa <sup>und</sup> global zu ihren Gunsten verändern. Die neuen sowjetischen Raketen erreichten die USA nicht, die neuen amerikanischen Raketen hingegen könnten die Sowjetunion treffen. Pershing 2 und Cruise Missiles seien keine Reaktion auf die SS 20 sondern ein Schlag gegen die strategischen Kapazitäten der Sowjetunion und damit eine qualitative Veränderung.

Die immer wieder behauptete sowjetische Überlegenheit gebe es nicht. Natürlich seien die SS 20 besser als die alten Raketen. Der Auftrag sei aber derselbe geblieben: den nuklearen Waffen der NATO entgegenzuwirken. Die Aufstellung der SS 20 verändere das Gleichgewicht nicht. Es gebe in Europa, berücksichtige man die FBS der NATO sowie die britischen und französischen Systeme, annäherndes Gleichgewicht bei den nuklearen Trägern, nämlich etwa 1.000 Systeme auf beiden Seiten. Im übrigen werde für jede SS 20 eine alte Rakete abgezogen. Das SS 20 Programm ändere auch nichts daran, dass der Westen, zähle man die Sprengköpfe, weiterhin eine etwa anderthalbfache Überlegenheit besitze.

Die Durchführung des NATO-Beschlusses würde die Überlegenheit des Westens auf das Doppelte erhöhen und damit könnten sich die UdSSR nicht abfinden. Sie müsse dann Gegenmassnahmen ergreifen. Die Bundesrepublik würde im übrigen dann zu einer Raketenstart-rampe der USA reduziert und könne keine eigene Sicherheitspolitik mehr verfolgen. Das Eintreten der Bundesregierung für den NATO-Beschluss sei ein Schritt weg von der Linie des Moskauer-Vertrages. Dabei sei der Kurs, der von Willy Brandt und zunächst auch von Helmut Schmidt gesteuert worden sei, nach wie vor richtig.

Von deutschem Boden dürfe kein Krieg mehr ausgehen. Man habe in den UdSSR die 20 Millionen Toten des zweiten Weltkriegs nicht vergessen, wolle aber mit Deutschland in Frieden leben. Man habe sich gegenüber der Bundesrepublik nie illoyal verhalten, werde jetzt aber als Bedrohung dargestellt. Die Ereignisse des Jahres 1941 würden sich nie wiederholen, auch wenn man den Gürtel enger schnallen müsse.

Die gute deutsch-sowjetische Zusammenarbeit scheine jemanden zu stören. Deswegen sei der NATO-Beschluss gefasst worden. Man werde diesen Beschluss bekämpfen, auch wenn die Bundesregierung dadurch in Schwierigkeiten komme. Man verstehe nicht, dass die deutschen Sozialdemokraten sich damit abfänden, dass die Politik der Entspannung untergraben werde. Man wolle eine Festigung des Vertrauens und den Ausbau der Zusammenarbeit. Aber der gute Wille der UdSSR genüge nicht. Die Sowjetunion wolle Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung von Kernwaffen, einschliesslich der FBS, der britischen und französischen Systeme. Für die Dauer von Verhandlungen sei man zu einem qualitativen und quantitativen Moratorium bereit. Allerdings dürften die Verhandlungen keine Tarnung sein für die Einführung neuer Waffen. Wenn Europa eine klare Haltung einnehme, könnten die USA nichts machen. Jede entsprechende Initiative werde von der Sowjetunion begrüsst.

Breschnew verwies dann auf die verschiedenen Vorschläge, die in seiner Parteitage Rede vom 23. Februar 1981 enthalten waren sowie auf seinen jüngsten Vorschlag im Hinblick auf eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa. Man überlege auch, den Ostseeraum in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln, wenn sich die NATO entsprechend verhalte.

Bei allen Unterschieden zwischen beiden Seiten gehe man davon aus, dass weiterhin Einvernehmen darüber bestehe, dass der Frieden der höchste Wert sei, an dem man sich orientieren müsse. Von daher ergäben sich viele Möglichkeiten gemeinsamer oder paralleler Aktivitäten. So sehe er auch das bevorstehenden Treffen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt: es solle ein Schritt nach vorn sein und konkrete Fortschritte bringen im Sinne des Moskauer-Vertrages.

und der gemeinsamen Erklärung von 1978. Es gebe noch viele Reserven für die Zusammenarbeit, etwa beim Erdgas-Röhren-Geschäft. Die bilateralen Beziehungen könnten sich gut entwickeln, gäbe es nicht die Störfaktoren von aussen.

Breschnew äusserte anschliessend die grossen Sorgen der Sowjetunion angesichts der amerikanischen China-Politik. Man werde Konsequenzen ziehen, vor allem wenn es zu Waffenlieferungen komme.

Zur Nord-Süd-Problematik legte B. noch einmal die bekannte sowjetische Haltung dar, fügte dann aber im Hinblick auf den Gipfel in Cancun hinzu: "Wir schliessen nicht aus, dass wir irgendeine Form der Beteiligung finden."

Angesichts der schwierigen Weltlage müssten alle Reserven genutzt werden, um gute Wege zur Lösung der Probleme zu finden. Daher auch der Appell des Obersten Sowjets für den Frieden. Man hoffe, dass der Deutsche Bundestag darauf reagieren werde.

In seiner Antwort machte Willy Brandt deutlich, dass ihn grosse Sorge erfülle. Es sei zu fragen, wie die Entspannung wieder auf solide Grundlagen gestellt werden könne. Nicht nur die schlechten Beziehungen zwischen den Weltmächten seien gefährlich, es drohe auch die Kapitulation der Politik vor der Waffentechnik. Man brauche wieder einen stärkeren Willen zur Entspannungspolitik.

Blicke man auf den Beginn der siebziger Jahre zurück, so müsse man feststellen, dass die politische Entspannung und die praktische Zusammenarbeit keine Entsprechung auf militärischem Gebiet gefunden hätten. Ausser SALT I habe es hier keine konkreten Erfolge gegeben. Nun sei die Frage zu stellen, was man tun könne, um Fehlentwicklungen wieder aufzufangen.

Der Beitrag der Bundesrepublik könne nur begrenzt sein, man wolle aber gern das Mögliche tun. Dies sei auch die Meinung des Bun-

deskanzlers, dessen aufrichtige Grüsse er überbringe. Dabei sei es ein Vorteil, wenn man einander nicht den guten Willen streitig mache, wie dies gelegentlich <sup>auch</sup> im Zusammenhang mit Polen geschehen sei. Man habe hier grösste Disziplin geübt und hielte es für richtig, wenn dies anerkannt würde. Die Bundesrepublik habe ein vitales Interesse daran, dass sich die Beziehungen zwischen den Weltmächten verbesserten. Die USA seien kein monolithischer Block, ihre Politik sei beeinflussbar. Die Skepsis der UdSSR sei uns bekannt, aber der Bundeskanzler habe aus Washington die feste Zusage mitgebracht, dass über eurostrategische Waffen verhandelt werden soll und die NATO habe dies in Rom noch einmal bekräftigt.

Es sei gesagt worden, Helmut Schmidt habe gründliche Arbeit geleistet. In Wirklichkeit habe er gründlich argumentiert. Bei den Gesprächen 1978 in Bonn habe er die entsprechende Passage über das annähernde Gleichgewicht in der gemeinsamen Erklärung ausdrücklich auch auf die Mittelstreckenwaffen bezogen. 1980 in Moskau sei <sup>sich</sup> dann auch darüber gesprochen worden. Es sei verständlich, dass die UdSSR durch neue Mittelstreckenwaffen bedroht fühlen würde. Aber wir fühlten uns auch durch die SS 20 gefährdet. Die beiderseitigen Bedrohungen müssten abgebaut werden durch baldige Verhandlungen. Dabei verstehe er den sowjetischen Standpunkt, dass die FBS einbezogen werden sollten und akzeptiere die Berücksichtigung des französischen und britischen Potentials.

W.B. fuhr fort, er wolle jetzt nicht im einzelnen auf den Antwortbrief des SPD-Präsidiums an das ZK der KPdSU eingehen (der, wie ersichtlich wurde, Breschnew nicht bekannt war), sondern nur auf einige Hauptargumente verweisen: kein Überlegenheitsstreben, für baldige Verhandlungen ohne Vorbedingungen, unsere Überlegungen zum Gedanken eines Moratoriums, klare Beantwortung der Frage, welche Waffensysteme einbezogen werden sollen. Eine grosse Schwierigkeit sei, dass beide Seiten offensichtlich von ganz unterschiedlichen Zahlen ausgingen. Daher komme alles darauf an, den politischen Willen aufzubringen, eine Lösung zu finden. Die deutschen Sozialdemokraten machten sich zu eigen, was die Regierungsparteien in Frankreich zu diesem Thema festgehalten hätten.

Für die Bundesrepublik sei es am besten, wenn sich die Null-Option realisieren lasse. Dies erfordere, dass die Sowjetunion ihre Position noch klarer mache, also deutlicher sage, was aus SS 4 und SS 5 werde und was aus <sup>zahl und</sup> Dislozierung der SS 20. Dass die SS 20 die USA nicht erreichten, sei für uns in Europa kaum beruhigend. Die SS 20 bedeuteten für uns sehr wohl eine qualitative Veränderung. Vielleicht könne es helfen, wenn man sich zuerst auf die gefährlichsten Systeme, also die Raketen, konzentrierte. Die Null-Lösung setze im übrigen voraus, dass die Verhandlungen nicht zu lange dauerten.

Im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag wolle er festhalten: es bleibe unsere Überzeugung, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Der 22. Juni 1981 sei auch bei uns ein wichtiger Tag des Gedenkens gewesen. Viele Menschen bei uns hätten Angst vor einem neuen Krieg. Die wachsende Friedensbewegung in der Bundesrepublik sei im übrigen nicht eine Bewegung für die Sowjetunion und ihre Politik. Sie richte ihre Forderungen an alle Beteiligten. Ihr Ziel - wie auch das der SPD - sei gleiche Sicherheit für beide Seiten auf möglichst niedrigem Niveau. In diesem Zusammenhang wolle er fragen, ob die UdSSR bereit sei, die Raketen, die nicht als Parität zu unseren Systemen dienten, hinter eine Linie zu ziehen, von der aus sie uns nicht erreichen könnten.

Wir hofften im übrigen, dass Madrid zu einem guten Abschluss komme, dass eine Klärung des Begriffs von vertrauensbildenden Massnahmen möglichst weit reiche und eine Konferenz über Abrüstung in Europa möglich werde.

W.B. berichtete dann von der Neukonstituierung der Abrüstungskommission der Sozialistischen Internationale unter Leitung von Kalevi Sorsa und regte an, im Herbst oder Winter durch die Ebert-Stiftung in Bonn eine gemeinsame deutsch-sowjetische Tagung über aktuelle Sicherheitsfragen ausrichten zu lassen. (Breschnew erklärte sich damit einverstanden.) Zum Vorschlag, den Breschnew in seiner Parteitagrede gemacht hatte, die Folgen eines Atomkriegs durch Wissenschaftler erforschen zu lassen, regte W.B. an, den UN-Generalsekretär zu beauftragen, eine entsprechende Arbeitsgruppe zusammenzurufen.

Im Hinblick auf den geplanten Besuch Breschnews in Bonn wolle er sagen, dass dies vom Bundeskanzler nicht nur als wichtiges Element für die bilateralen Beziehungen sondern auch als wichtiges Element für den Verhandlungsprozess gesehen würde. Die bilateralen Beziehungen hätten sich nicht schlecht entwickelt und wir seien am weiteren Ausbau auch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert. Es sollte darauf geachtet werden, dass das bilaterale Verhältnis weiterhin pfleglich behandelt werde, da es für die Zukunft nicht weniger wichtig sei als in der Vergangenheit. (B. Stimmte dem ausdrücklich zu.)

W.B. erläuterte dann kurz die - zurückhaltende - Chinapolitik der Bundesrepublik. Im übrigen sei er interessiert, während seines Aufenthaltes in Moskau über Afghanistan zu sprechen, das eine Menge Schwierigkeiten gemacht habe. Im Hinblick auf das Nord-Süd-Thema interessiere ihn weniger die Vergangenheit als die Zukunft, und hier gebe es gemeinsam interessierende Fragen, z.B. der Hunger in der Welt, Energieprobleme, Schuldenfragen, die künftige Entwicklung der internationalen Organisationen oder auch der Zusammenhänge zwischen Wettrüsten und Welthunger.

Breschnew unterstich darauf hin noch einmal das Interesse beider Seiten an Verhandlungen. Die Bundesrepublik könne einen wesentlichen Beitrag leisten. Er wolle offen fragen, warum die USA alles durchsetzen könnten. Die Europäer müssten jetzt ihre Interessen artikulieren, damit es zu einem Umschwung zugunsten von Rüstungskontrolle komme.

Zu Polen führte er aus, die Ereignisse dort seien zweifacher Natur. Zum einen habe die politische Führung schwere ökonomische Fehler begangen, was zur Unzufriedenheit der Massen geführt habe. Das werde jetzt geändert. Zum anderen aber würden diese Fehler von antisozialistischen Kräften ausgenutzt, die den Sozialismus in Polen liquidieren wollten, so zum Beispiel die extremistischen Kräfte in "Solidarnosc". Dabei würden sie vom Westen mit konkreten Hilfen unterstützt. Die Polen müssten ihre Probleme selbst lösen. Die UdSSR würde jedoch jede erdenkliche Hilfe leisten und Polen im Notfall beistehen.



B. fragte W.B. dann nach dem neuen französischen Präsidenten, mit dem er doch gut bekannt sei.

Willy Brandt unterstrich seinerseits erneut die Bereitschaft zur Fortsetzung und zum Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit. Auf Polen bezogen könne er allerdings den Vorwurf der Einmischung, soweit er Bereiche betreffe, für die er verantwortlich sei nicht hinnehmen. Er habe schon vor einigen Monaten ähnliche Vorwürfe von Botschafter Semjonow gehört und daraufhin um konkrete Hinweise gebeten. Diese seien ihm nie gegeben worden. Es gebe sie auch nicht. Noch einmal wolle er sich auf das Abkommen der beiden französischen Regierungsparteien berufen: die Polen müssten den Prozess ihrer ökonomischen Erneuerung selbst zuende führen. Dies sei auch unsere Meinung.

Auf François Mitterrand bezogen wolle er sagen, dass er davon überzeugt sei, dass die Sowjetunion in ihm einen ernsthaften Partner finden werde, der Frieden und Entspannung in Europa wolle.

Hans-Jürgen Wischnewski bekräftigte abschliessend die Bedeutung des Breschnews-Besuch in Bonn. Das deutsche Interesse daran gehe weit über die Parteigrenzen hinaus. Es sei wünschenswert, wenn möglichst bald ein genaues Datum festgelegt werden könne. Dies wäre ein Zeichen für eine positive Entwicklung in Europa.

Breschnew dankte und erklärte seine Bereitschaft, im November nach Bonn zu kommen.

T.M.N

July 6, 1981

Dr. Thomas Mirow

Subject: Conversation between SPD Chairman Willy Brandt with the General Secretary of the Central Committee of the CPSU Leonid Brezhnev on June 30, 1981, in Moscow

The meeting lasted for approximately 2.75 hours. Additional participants on the Soviet side were Gromyko, Ponomarev, Blatov; on the German side, Wischnewski, Mirow. Apart from them, each a translator. Brezhnev opened with an approximately hour-long introduction that he read off at sight; Brandt responded likewise with approximately an hour. Then questions were discussed.

Brezhnev called the international environment concerning. It is therefore today more important than in the 1970s to find a common language. Then, one treated each other as partners and as possible friends. Today there is no longer a spirit of good will. The Soviet Union is asking itself what has changed since 1970. First and foremost, the weapons at hand are more terrible. Therefore, striving for peace is more important, but in practice looks different. One is deeply concerned about the USA which is striving for military supremacy. The threat of war is increasing, the collected reserves of trust decreasing. The responsibility for this rests not only with the USA but also with those who follow them on their course. One asks oneself how the Federal Government would likely react if the Soviet Union strove for a position of supremacy and conducted itself like the USA in the Middle East and the Persian Gulf. One has numerous concrete examples for the change in American policy. An American diplomat from the MBFR delegation thus declared that the Vienna discussions were meaningless and the consensus that had already been achieved must again be reduced to a minimum.

One does not want to drive a wedge between the USA and its allies in Europe, but the policy of détente is in the interest of all peoples. Therefore, Western Europe should exercise its influence.

The NATO resolution could have particularly fateful effects. Helmut Schmidt played an active role in this. "Bonn has done exhaustive work." The Americans wanted to change the power dynamics in Europe and around the world to their benefit. The new Soviet missiles did not reach the USA, in contrast, the new American missiles could hit the Soviet Union. Pershing II and Cruise Missiles are not a reaction to the SS 20 but rather a blow to the strategic capacities of the Soviet Union and thus a qualitative change.

The Soviet superiority which is constantly asserted does not exist. Of course, the SS 20 are better than the old missiles. But their assignment has remained the same: to counteract NATO's nuclear weapons. The deployment of the SS 20 does not change the balance of power. There is in Europe, when one considers NATO's FBS as well as the British and French systems, an approximate equilibrium in nuclear vehicles, namely approximately 1,000 systems on both sides. Apart from that, for every SS 20, an old missile is withdrawn. The SS 20 program does not change the fact that the West has a one and a half times superiority, when one counts warheads.

The implementation of the NATO resolution would raise Western superiority to two times, and the USSR could not accept this. It would have to implement counter measures. Apart from that, the Federal Republic of Germany would be reduced to a missile launch pad for the USA and could not pursue its own security policy anymore. The Federal Republic's campaigning for the NATO resolution is a step away from the line of the Moscow treaty. In this, the course that was steered by Willy Brandt and then by Helmut Schmidt is now as correct as ever.

War can no longer be allowed to proceed from German soil. One has not forgotten the 20 million dead during the Second World War in the USSR, but one has a desire to live with Germany in peace. There has never been disloyal conduct vis-à-vis the Federal Republic, but now the USSR is portrayed as a threat. The events of the year 1941 will not be repeated, even if one has to tighten one's belt.

This good German-Soviet cooperation appears to disturb someone. Therefore, the NATO resolution was made. One will fight this resolution, even if the German government runs into difficulties through this. One does not understand how the

German Social Democrats would accept that the policy of détente is being undermined. One wants a consolidation of trust and an expansion of cooperation. But the good will of the Soviet Union is not sufficient. The Soviet Union wants negotiations regarding the limitation of and the reduction of nuclear weapons, including the FBS, the British and the French systems. One is ready for qualitative and quantitative moratorium for the duration of the negotiations. Indeed, the negotiations cannot be a camouflage for the introduction of new weapons. If Europe takes a clear position, the USA will not be able to do anything. Every corresponding initiative will be welcomed by the Soviet Union.

Brezhnev then pointed to the various proposals that were contained in his party conference speech from February 23, 1981, as well as to his latest proposal with regards to a nuclear-weapon-free zone in northern Europe. They are also considering turning the Baltic Sea area into a nuclear-weapon-free zone if NATO would also comport itself accordingly.

In all differences between the two sides, one proceeds from the idea that further agreements exist, and that peace is the highest value toward which one must orient oneself. Accordingly, there could arise many opportunities for common or parallel activities. He thus sees the upcoming meeting with Chancellor Helmut Schmidt: it should be a step forward and bring concrete advances in accordance with the Moscow treaty and the common declaration of 1978. There are still many reserves for cooperation, say in the natural gas pipeline business. Bilateral relations could develop well, if there were not the confounding external factors.

Brezhnev expressed then the Soviet Union's great concerns in light of the American China policy. They would take the appropriate steps, primarily when it comes to deliveries of weapons.

Regarding the North-South problems, B. [Brezhnev] presented the known Soviet position again, but then added with regards to the summit in Cancun: "We do not exclude finding a form of involvement."

Considering the difficult global situation, all reserves must be used in order to find good ways to solve the problems. Therefore, the call by the Supreme Soviet for peace. They hope that the German Bundestag will react to this.

In his response, Willy Brandt made clear that he is filled with great concern. It must be asked how détente could be again placed on a solid basis. Not only are the bad relations between the world powers dangerous, but there is also the threat that politics will capitulate to weapons technology. A strong will for the policy of détente is needed.

When one looks back to the beginning of the 1970s, one must determine that political détente and practical cooperation did not find their equivalent in military matters. Except for SALT I, there were no concrete successes here. Now the question must be asked what they can do to catch maldevelopments again.

The contribution of the Federal Republic can only be limited, but they gladly want to do what is possible. This is also the opinion of the Chancellor, whose genuine greetings he conveys. In this it is an advantage if one does not contest the good will of the other side, as sometimes has happened in the context of Poland. One has exercised the greatest discipline here and find it correct that this be recognized. It is a vital interest of the Federal Republic that relations between the world powers improve. The USA is not a monolithic block, its policies can be influenced. The USSR's skepticism is known to us, but the Chancellor has brought a firm commitment from Washington that there should be negotiations regarding euro strategic weapons, a pledge which NATO strengthened again in Rome.

It has been said that Helmut Schmidt has done painstaking work. In reality, he argued painstakingly. During the discussions in 1978 in Bonn, he connected the corresponding passage regarding the approximate equilibrium explicitly to intermediate-range weapons as well. This was also discussed in 1980 in Moscow. It is understandable that the USSR would feel itself threatened by the new intermediate-range weapons. But we also feel endangered by the SS 20. The mutual threats must be reduced through speedy negotiations. In this, he understands the Soviet position that the FBS should be drawn in and accepts the consideration of the French and British capabilities.

W.B. continued that he does not want to go into the SPD presidium's response letter to the Central Committee of the CPSU in detail (which, as became obvious, was not known by Brezhnev), but rather only refer to some main arguments: no efforts for superiority, for speedy negotiations without preconditions, our considerations regarding thoughts of a moratorium, a clear response to the question of which weapons systems should be drawn in. A great difficulty is that both sides are obviously proceeding from entirely different numbers. Therefore, everything depends on mustering the political will to find a solution. The German Social Democrats have internalized what the governing parties in France have held onto regarding this topic.

It would be best for the Federal Republic if the Null Option were realized. This requires that the Soviet Union make its position clearer, also more distinctly say what will become of the SS 4 and the SS 5 and what the number and deployment of the SS 20 will be. It is hardly reassuring that for us in Europe that the SS 20 do not reach the USA. The SS 20 likely mean a qualitative change for us. Perhaps it could help if one first concentrates on the most dangerous systems, so the missiles. The Null solution assumes otherwise that the negotiations do not last too long.

In the context of the Moscow Treaty, he wants to hold onto that it remains our conviction that no war may begin from German soil. June 22, 1981 is also an important day of remembrance for us. Many people on our side are afraid of a new war. The growing peace movement in the Federal Republic is apart from that not a movement for the Soviet Union and its policies. They direct their demands to all participants. Their goal – as also that of the SPD – is equal security for both sides at the lowest possible level. In this context, he also wants to ask whether the USSR is ready to pull the missiles that do not serve as parity to our systems behind a line from which they could not reach us.

Apart from that we hope that Madrid comes to a good conclusion, that a clarification of the term trust building measures reaches as far as possible and that a conference regarding disarmament in Europe becomes possible.

W.B. then reported from the reconstitution of the disarmament commission of the Socialist International under the leadership of Kalevi Sorsa and suggested that a joint German-Soviet conference be organized in fall or winter by the Ebert Foundation. (Brezhnev declared that he was in agreement with this.) To the proposal that Brezhnev made in his party conference speech that the consequences of a nuclear war be researched, W.B. suggested that the UN General Secretary be tasked with convening a corresponding working group.

Regarding Brezhnev's planned visit to Bonn, he wanted to say that this was viewed by the Chancellor not only as an important element for bilateral relations but also for the negotiation process. Bilateral relations have not developed badly, and we are also interested in further expanding economic cooperation. It should also be considered that the bilateral relationship should continue to be handled with care since it will not be of less importance for the future than it has been in the past. (B. agreed to this explicitly.)

W.B. then outlined briefly the – reserved – China policy of the Federal Republic. Apart from that he is also interested in speaking about Afghanistan during his stopover in Moscow, which has caused plenty of difficulties. With regard to the North-South topic, it is less the past that interests him than the future, and here there are common interesting questions, e.g., hunger in the world, energy problems, debt questions, the future development of international organizations or also the correlation between arms races and world hunger.

Brezhnev underscored subsequently again the mutual interest of both sides in negotiations. The Federal Republic could make an essential contribution. He wants to ask openly why the USA could implement everything. The Europeans must now articulate their interests so that there can be a reversal in favor of arms control.

Regarding Poland he explained that the events there are of two natures. For one, the political leadership committed serious economic mistakes, which led to the dissatisfaction of the masses. That is now changing. For the other, however, these mistakes are being exploited by anti-communist forces which want to eliminate

socialism in Poland, for example the extremist forces in "solidarity." They are supported with concrete aid from the West in this. The Poles have to solve their problems themselves. The USSR will however provide every conceivable aid and will stand by Poland in an emergency.

B. asked W.B. then about the new French president, with whom he is nevertheless well acquainted.

Willy Brandt underscored from his side again the readiness to continue and expand bilateral relations. Regarding Poland, he cannot accept the accusation of intervention in so far as it concerns issues for which he is responsible. He already heard similar accusations from Ambassador Semyonov a few months ago and subsequently asked for concrete evidence. These were not given to him. They also do not exist. Once again, he would like to refer to the agreement of the two French governing parties: the Poles must lead the process of economic renewal to a conclusion themselves. This is also our opinion.

Regarding François Mitterrand, he would like to say that he is convinced that the Soviet Union will find a serious partner in him, one who wants peace and détente in Europe.

Hans-Jürgen Wischnewski reinforced in conclusion the meaning of the Brezhnev visit to Bonn. The German interest in this goes far beyond party lines. It is desirable that a specific date be set as soon as possible. This would be a sign for positive developments in Europe.

Brezhnev expressed his thanks and stated his readiness to come to Bonn in November.